

Bericht des Amtsvorstehers für die Sitzung des Amtsausschusses in der Gemeinde Neuendeich am 21. November 2014

Sehr geehrte Amtsausschussmitglieder,
Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
Sehr geehrte Gäste und Pressevertreter,

Unsere letzte Sitzung fand am 08. Juli 2014 in der Gemeinde Groß Nordende statt. Dort ging es im Wesentlichen um die Prüfung der Jahresrechnung 2013 sowie um Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften im Amtsausschuss.

Der Finanz- und Personalausschuss hat in seiner Sitzung am 11. November 2014 diese Sitzung vorbereitet.

In meinem Bericht gehe ich jetzt auf folgende Punkte ein:

1. Einwohnerzahlen des Amtes Moorrege

Gemäß unseres Melderegisters hatte das Amt Moorrege zum 03. November diesen Jahres exakt 19.000 Einwohnerinnen und Einwohner, die in unserem Amtsgebiet mit Erstwohnsitz gemeldet waren. Das bedeutet einen Zuwachs von 473 Personen in den letzten fünf Jahren.

Zusätzlich waren zum gleichen Stichtag noch 652 Personen mit Zweitwohnsitz im Amtsgebiet gemeldet.

2. Finanzausgleich

Die Neuordnung des Finanzausgleiches ist nun durch den Landtag verabschiedet worden und tritt zum 01. Januar 2015 in Kraft. Wie sich die Geldströme für unsere Gemeinden dadurch verändern, werden wir später in der Sitzung erfahren.

3. Schulkostenbeiträge Förderzentren „G“

Im letzten Amtsausschuss hatte ich an dieser Stelle ja von der Musterklage im Kreis Dithmarschen berichtet. Ein Verhandlungstermin ist noch nicht terminiert.

Leider hat es der Landtag bisher versäumt, eine gesetzliche Klarstellung im Sinne der alten Regelung zu verabschieden. Hintergrund ist wohl, dass die Landesregierung Konnexität befürchtet. Es bleibt also weiter spannend.

4. Flüchtlinge

Aktuell haben wir 87 Personen untergebracht. Das ist seit meinem letzten Bericht ein Anstieg von 27 Personen. Um die Unterbringung zu ermöglichen, werden neben den gemeindlichen Schlichtwohnungen auch 16 Immobilien des freien Marktes genutzt. Zurzeit ist wohl davon auszugehen, dass die Flüchtlingszahlen auch weiter ansteigen werden.

5. Fachkräftemangel

Bereits im letzten Amtsausschuss hatte ich über den Fachkräftemangel berichtet. Aktuell war dazu den Medien zu entnehmen, dass schon jetzt 170.000 Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt sind. Auch wenn diese unbesetzten Stellen derzeit primär im Bereich Jugend und Erziehung vakant sind, so wird es auch die allgemeine Verwaltung in den nächsten Jahren sehr hart treffen. Anwachsend in den nächsten zehn Jahren werden letztlich 700.000 Stellen nicht besetzt werden können. Für die Verwaltungen im Kreis Pinneberg bedeutet dieses, dass dann jede zweite Stelle nicht besetzt sein wird. Neben der starken Konkurrenz aus der Wirtschaft schlagen insbesondere der kommende Ruhestand der geburtenstarken Jahrgänge wie auch die nicht ausreichende Ausbildung von Nachwuchskräften hier zu. Allein in der Kieler Landesverwaltung sind dann 18.000 Nachwuchskräfte nötig, um den Bedarf zu decken.

Dies ist mein Bericht, den ich jetzt zur Aussprache stelle.